

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Sekretariats
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Zusammenfassung der Beiträge für das Forum
---------------	--

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei zur Vorbereitung der Plenartagung, die der Zivilgesellschaft gewidmet ist und am 24./25. Juni 2002 stattfindet, eine Zusammenfassung der Beiträge, die dem Forum von der Eröffnungstagung des Konvents bis einschließlich zum 7. Juni 2002 übermittelt wurden.

ZUSAMMENFASSUNG DER BEITRÄGE FÜR DAS FORUM

Einleitung

1. Mit der Erklärung von Laeken, mit der der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union geschaffen wurde, wurde auch ein Forum eingerichtet, durch das es Organisationen, die die Zivilgesellschaft repräsentieren, ermöglicht werden soll, Beiträge zur allgemeineren Diskussion einzubringen. Das Forum funktioniert in Form eines strukturierten Netzes mit einer dafür bestimmten Website, auf der sich die Organisationen anmelden können und an die sie ihre Beiträge übermitteln können. Es ist seit der Eröffnungstagung des Konvents Ende Februar funktionsfähig.
2. Bisher haben sich 160 Organisationen angemeldet und Beiträge zur Diskussion eingebracht. Pro Woche erfolgten durchschnittlich ca. acht Anmeldungen, wobei diese Zahl in den letzten Wochen rasch gestiegen ist, da die Organisationen aufgefordert wurden, ihre Beiträge rechtzeitig anzumelden, damit diese auf der zweiten Plenartagung im Juni berücksichtigt werden können.
3. Die 160 Organisationen repräsentieren einen breiten Querschnitt der Zivilgesellschaft. Die Mehrzahl vertritt Interessen, die europaweit Geltung haben; allerdings gibt es auch zahlreiche nationale Organisationen, die sich zur Anmeldung entschlossen haben. Die nationalen Organisationen sind recht ungleichmäßig verteilt, einige Mitgliedstaaten sind überhaupt nicht vertreten und nur eine begrenzte Zahl stammt aus den beitrittswilligen Ländern.

4. Das Forum ist in vier Kategorien aufgeteilt, und die Organisationen werden gebeten, bei der Anmeldung die passendste Kategorie zu wählen. Die 160 Organisationen gliedern sich nach den Kategorien wie folgt auf:

Politik/öffentlich-rechtliche Körperschaft (auch unterhalb der nationalen Ebene)	17
Wirtschaft und Gesellschaft (Sozialpartner, Berufsverbände usw.)	16
Hochschulen und Think Tanks	28
Sonstige Organisationen der Zivilgesellschaft, NRO, usw.	<u>99</u>
INSGESAMT	<u>160</u>

5. Jede Organisation wird aufgefordert, einen Beitrag zusammen mit einer einseitigen Zusammenfassung einzureichen. Beides wird auf der Website veröffentlicht. Angesichts der Zahl und des Spektrums der Beiträge erhebt die vorliegende Zusammenfassung keinen Vollständigkeitsanspruch. Vielmehr sollen einige der Kernfragen und -anliegen herauskristallisiert werden, die in den Beiträgen für das Forum insgesamt zum Ausdruck kommen. Die Mitglieder des Konvents sollen dadurch einen Einblick in das Forum erhalten, und es soll dafür gesorgt werden, dass die Zivilgesellschaft zur Arbeit des Konvents beitragen kann. Wer einen vollständigen Überblick über das Forum wünscht, kann auf die Beiträge selbst auf der Website zurückgreifen.
6. Angesichts des Spektrums der Beiträge können keine konkreten Schlussfolgerungen aus dem Forum gezogen werden. Bestimmte allgemeine Themen sind jedoch in vielen Beiträgen anzutreffen. An erster Stelle steht der Wunsch, dass sich die Union in ihrem Handeln stärker jenen annähert, denen sie dienen will. Dies bedeutet, dass die Beschlüsse auf der geeigneten Ebene gefasst werden und dass sichergestellt wird, dass die Bürger Europas größeren Anteil an der Beschlussfassung haben, auf welcher Ebene sie auch erfolgt. An zweiter Stelle steht - verbunden mit dem erstgenannten Wunsch - das Anliegen, dass die Zivilgesellschaft auch durch ihre Organisationen stärker am europäischen Entscheidungsprozess beteiligt wird und dass ihre besondere Rolle im Vertrag anerkannt wird. Drittens wird besonderes Gewicht

darauf gelegt, dass die Union die Grundrechte in ihrer derzeitigen Festlegung achtet und sie gegebenenfalls ausweitet. Viele Organisationen sind der Auffassung, dass dies nur durch eine Aufnahme der Charta der Grundrechte in den Vertrag vollständig erreicht werden kann. Viertens legt jede sektorale Interessengruppe besonders Nachdruck auf eine effiziente und legitimierte Beschlussfassung, wobei häufig der Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in Verbindung mit dem Mitentscheidungsverfahren in dem entsprechenden Politikbereich gefordert wird.

7. Außer diesen allgemeinen Themen werden zahlreiche andere Fragen angesprochen. Diese werden im Folgenden entsprechend den vier Kategorien erörtert, die zwar eine leichtere Handhabung des Forums gewährleisten sollten, in gewisser Hinsicht jedoch willkürlich festgelegt sind, so dass eine Reihe von Organisationen offensichtlich in keine der Kategorien passte (daher die große Zahl von Organisationen, die sich für die vierte Kategorie, d.h. die Kategorie 'Sonstige Organisationen' entschieden haben).

Politik/öffentlich-rechtliche Körperschaft

8. Die meisten Organisationen, die sich unter dieser Rubrik angemeldet haben, sind regionale oder lokale Organisationen. Daher betrifft der Inhalt ihrer Beiträge zum großen Teil die Rolle und die Stellung von Einrichtungen unterhalb der nationalen Ebene in der Europäischen Union. Ausgangspunkt ist für einige die Notwendigkeit, das Recht der Bürger auf lokale Demokratie im Vertrag zu verankern, und zwar möglichst durch Aufnahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung (Europarat) in den Vertrag. Viele wünschen außerdem eine konkrete Umsetzung der Bestimmungen über die lokale Demokratie in Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union, in dem gefordert wird, dass die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden, sowie die Vereinfachung vor allem jener Rechtsvorschriften, die eine Umsetzung unterhalb der nationalen Ebene erfordern (was eine sehr enge Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf allen Ebenen der Gesetzgebung impliziert).
9. Einige fordern, dass die vier Regierungsebenen - die europäische, die nationale, die regionale und die lokale - eindeutig anerkannt werden. Andere wünschen, dass im Vertrag die Rolle der Regionen und der lokalen Gebietskörperschaften ausdrücklich anerkannt wird, während manche der Auffassung sind, dass mangels einer detaillierten Liste von Zuständigkeiten ein wirksames System für die Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (sowohl ex-ante als auch ex-post) geschaffen werden muss.

10. In verschiedenen Beiträgen wird hervorgehoben, dass die finanziellen Auswirkungen von auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auf die regionalen und lokalen Einrichtungen in höherem Maße berücksichtigt werden müssen. Es wird mehrfach gefordert, dass den Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis das Recht, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, und das Recht auf Teilnahme an COSAC-Tagungen eingeräumt wird und dass sie im Vertrag besonders anerkannt werden.

Wirtschaft und Gesellschaft

11. Unter dieser Kategorie hat sich eine relativ kleine Zahl von Organisationen angemeldet. Sie vertreten größtenteils die Interessen von Arbeitnehmern oder von speziellen Wirtschaftssektoren wie Genossenschaften und öffentliche Dienste.
12. Eine Reihe dieser Organisationen plädiert für eine größere Ausgewogenheit zwischen Wirtschaftspolitik und sozialen Zielen. Es wird gefordert, dass einige Kernelemente des europäischen Sozialmodells, z.B. das Ziel der Vollbeschäftigung, ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen werden. Einige Organisationen fordern eine stärkere Anerkennung des Genossenschaftssektors sowie des Bereichs der Leistungen der Daseinsvorsorge. Es wird ein institutionalisierter Dialog mit den Sozialpartnern gefordert, einschließlich einer Ausweitung der Zahl der Gesprächspartner, wodurch eine höhere Repräsentativität erreicht werden soll. Auch die Frage einer größeren Arbeitnehmerbeteiligung wird angesprochen. Mehrere Organisationen sprechen sich dafür aus, die Charta der Grundrechte in den Vertrag aufzunehmen, um den grundlegenden sozialen Rechten eine größere Anerkennung zu verschaffen.

Hochschulen und Think Tanks

13. Die Beiträge von Hochschuleinrichtungen und Think Tanks für das Forum sind zwangsweise ganz anderer Art als viele Beiträge der Nichtregierungsorganisationen. Viele ihrer Vorschläge

verfolgen nicht unbedingt ein spezielles Interesse, sondern tragen dazu bei, die allgemeinere Diskussion über die künftige Struktur der Europäischen Union voranzubringen. In mehreren wurden Modelle für eine künftige Verfassung entworfen und auch Vorschläge zur Verschmelzung der Gemeinschaften und der Union und zur Anpassung der Säulenstruktur eingereicht. In einer Reihe von Beiträgen wurden spezielle Fragen angesprochen, die der Konvent bereits geprüft hat (z.B. die Kompetenzabgrenzung).

14. Mehrere Studentenverbände haben einen Verfassungsentwurf oder ein "Manifest" für Europa übermittelt. Von einer Reihe von Think Tanks kamen Anregungen zu den künftigen institutionellen Regelungen, einschließlich einiger ausführlicher Vorschläge zur Frage der Wahl des Präsidenten der Kommission und der künftigen Rolle des Hohen Vertreters für die GASP. Es wurde die Idee einer gemeinsamen Sprache vorgetragen, ebenso die Möglichkeit, regionale Verbände zu schaffen, die als Gruppen innerhalb der EU als Ganzes auftreten. Außerdem wird eine größere Transparenz der Lobbyarbeit gefordert.

Sonstige Organisationen der Zivilgesellschaft

15. Die überwiegende Zahl der Organisationen trug sich unter dieser Kategorie ein. Daher wird eine Vielzahl von Fragen erfasst. Es können jedoch mehrere unterschiedliche Interessengebiete ausgemacht werden.
16. Eine Reihe von Organisationen aus dem "sozialen" Bereich trug sich unter dieser Kategorie ein. Viele ihrer Anliegen überschneiden sich mit den Anliegen der Kategorie "Wirtschaft und Gesellschaft" (siehe oben). Aber auch Organisationen, die sich insbesondere mit Fragen der Geschlechtergleichstellung und der Familienförderung befassen, waren hier vertreten. Es wird eine aktivere Politik der Geschlechtergleichstellung, unter anderem eine durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen wichtigen Politikbereichen, gefordert. Eine Reihe von Organisationen plädiert dafür, Maßnahmen zugunsten der menschlichen Entwicklung, einschließlich der Familienförderung und der Armutsbekämpfung, größeres Gewicht zu verleihen. Einige erwähnen die zunehmende Anwendung eines Konzepts der 'offenen Koordinierung' im Sozialbereich und beantragen, dass dies im Vertrag förmlich anerkannt wird. In mehreren Beiträgen wird die Union aufgefordert, das Ziel eines größeren sozialen Zusammenhalts ausdrücklich anzuerkennen. Außerdem wird eine kohärentere und nachhaltigere Gemeinsame Agrarpolitik gefordert.

17. Eine Reihe von Organisationen engagiert sich im Bereich der Entwicklung. Viele davon heben hervor, dass Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung ins Zentrum der Außenpolitik gerückt werden müssen, und wünschen, dass in der Kommission und im Rat ein gesonderter organisatorischer Rahmen für die Entwicklung aufrechterhalten wird. Einige fordern, dass die Verträge dahin gehend geändert werden, dass damit die zentrale Rolle der Entwicklungspolitik zum Ausdruck kommt und eine Rechtsgrundlage für die Konsultation der Zivilgesellschaft geschaffen wird. Der Europäische Entwicklungsfonds soll in den Gemeinschaftshaushalt eingegliedert werden, und die Zuständigkeit für die Entwicklungspolitik soll von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten geteilt werden.
18. Im Umweltbereich fordert eine Reihe von Organisationen eine stärkere Anerkennung der Bedeutung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung. Insbesondere wurde gefordert, dass der Grundsatz der Nachhaltigkeit bei der Reform der GAP stärker berücksichtigt wird, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in Verbindung mit dem Mitentscheidungsverfahren auf Beschlüsse im Umweltbereich ausgedehnt wird (insbesondere Artikel 175 Absatz 2 EGV) und dass Umweltrechte in die Grundrechtecharta aufgenommen werden.
19. Diese Kategorie enthält auch eine Reihe von Beiträgen von Organisationen, die im Bereich der Menschenrechte aktiv sind. Im Allgemeinen ist es das Anliegen dieser Organisationen, dass die Menschenrechte als Kernelement sämtlicher Politiken beibehalten und gestärkt werden. Die meisten fordern eine Aufnahme der Grundrechtecharta in den Vertrag, wobei dies nach Ansicht vieler mit einer gewissen Stärkung der Charta einhergehen sollte. Manche plädieren auch für einen Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Einige fordern bessere Bestimmungen, mit denen die Geschlechtergleichstellung, die Rechte des Kindes und der Schutz der Familie und von Behinderten sichergestellt werden.
20. Verschiedene Organisationen im Bereich der Kultur reichten Beiträge unter dieser Kategorie ein. Sie fordern, dass der Kultur in der künftigen Europäischen Union ein viel größerer Stellenwert eingeräumt wird, dass Bestimmungen des Artikels 151 EGV mit größerem Engagement berücksichtigt werden und dass zu einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in Verbindung mit dem Mitentscheidungsverfahren übergegangen wird. Mehrere plädieren für die förmliche Anerkennung des Bildungspluralismus und des Zugangs zur Bildung unter gleichen Bedingungen im Vertrag. Außerdem wird eine spezielle Rechtsgrundlage für die Förderung des Sports gefordert.

21. Eine Reihe von religiösen Organisationen fordert, dass ein etwaiger künftiger Verfassungsvertrag ein geistiges Element enthält und dass das religiöse und geistige Erbe Europas ausdrücklich anerkannt wird. Mehrere sprechen sich dafür aus, die Erklärung Nr. 11 zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften in den Vertrag aufzunehmen.
22. Eine Reihe von Organisationen von Bürgern reichte Beiträge unter dieser Kategorie ein. Sie fordern im Allgemeinen eine transparentere Funktionsweise der Union und eine größere Beteiligung der einzelnen Bürger unter größtmöglicher Nutzung der neuen Technologien. Eine Reihe fordert ein einheitliches Referendum oder die Garantie von nationalen Referenda über den Vertrag, der ihrer Ansicht nach aus dem Konvent hervorgehen sollte. Es gibt auch Beiträge von mehreren politischen Parteien und 'europäischen' Organisationen (sowohl von pro-europäisch/föderalistisch gesinnten Organisationen als auch von solchen, die Europa skeptisch gegenüberstehen). Eine Reihe von ihnen fordert eine föderale Verfassung für Europa, einige der Beiträge enthalten detaillierte Vorschläge für einen künftigen institutionellen Aufbau. Es gibt aber auch mehrere Organisationen, die insbesondere darüber besorgt sind, dass es in der Europäischen Union weiterhin keine demokratische Rechenschaftspflicht gibt, und eine größere Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente fordern.

Follow-up

23. Diese Zusammenfassung erfasst alle Beiträge, die dem Forum bis zur ersten Plenartagung im Juni (7. Juni 2002) übermittelt wurden. Es werden weiterhin Beiträge von Organisationen angemeldet, und es wird auch dazu aufgerufen. Natürlich hat jeder, auch die Mitglieder des Konvents, Zugang zur Website, und das Konventssekretariat wird die Beiträge weiterhin aufmerksam verfolgen.